



Fachforum II

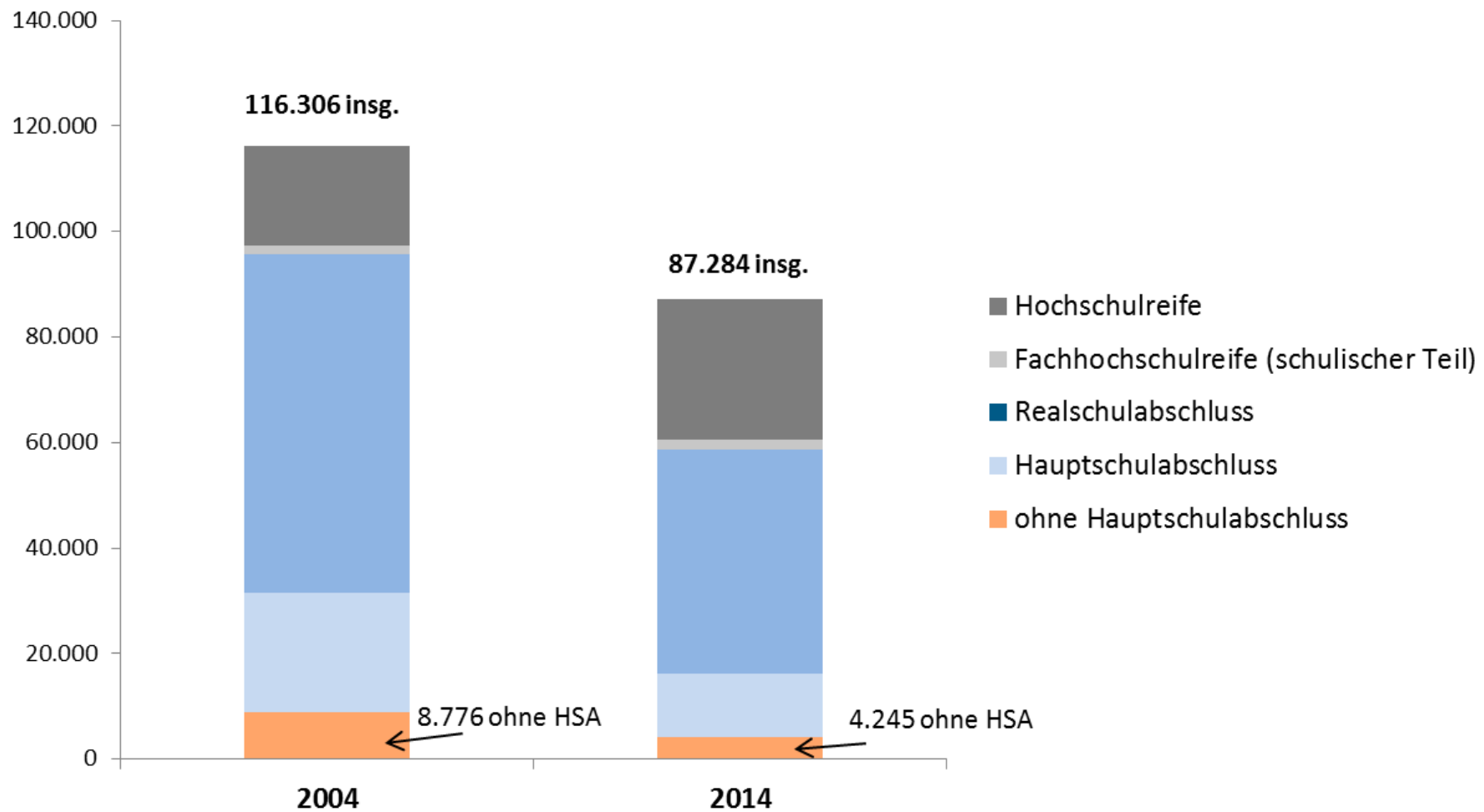
Jugendberufsagentur

im Flächenland Niedersachsen

- 1) Situation Jugendlicher in Niedersachsen
- 2) Ausgangslage und Entwicklung von Jugendberufsagenturen (JBA)
- 3) Umsetzungsstand in Niedersachsen und Bremen
- 4) Erfolgsfaktoren aus Sicht der Regionaldirektion
- 5) Begleitung durch das Bündnis Duale Berufsausbildung
- 6) Möglicher Aufbau einer JBA „unter einem Dach“

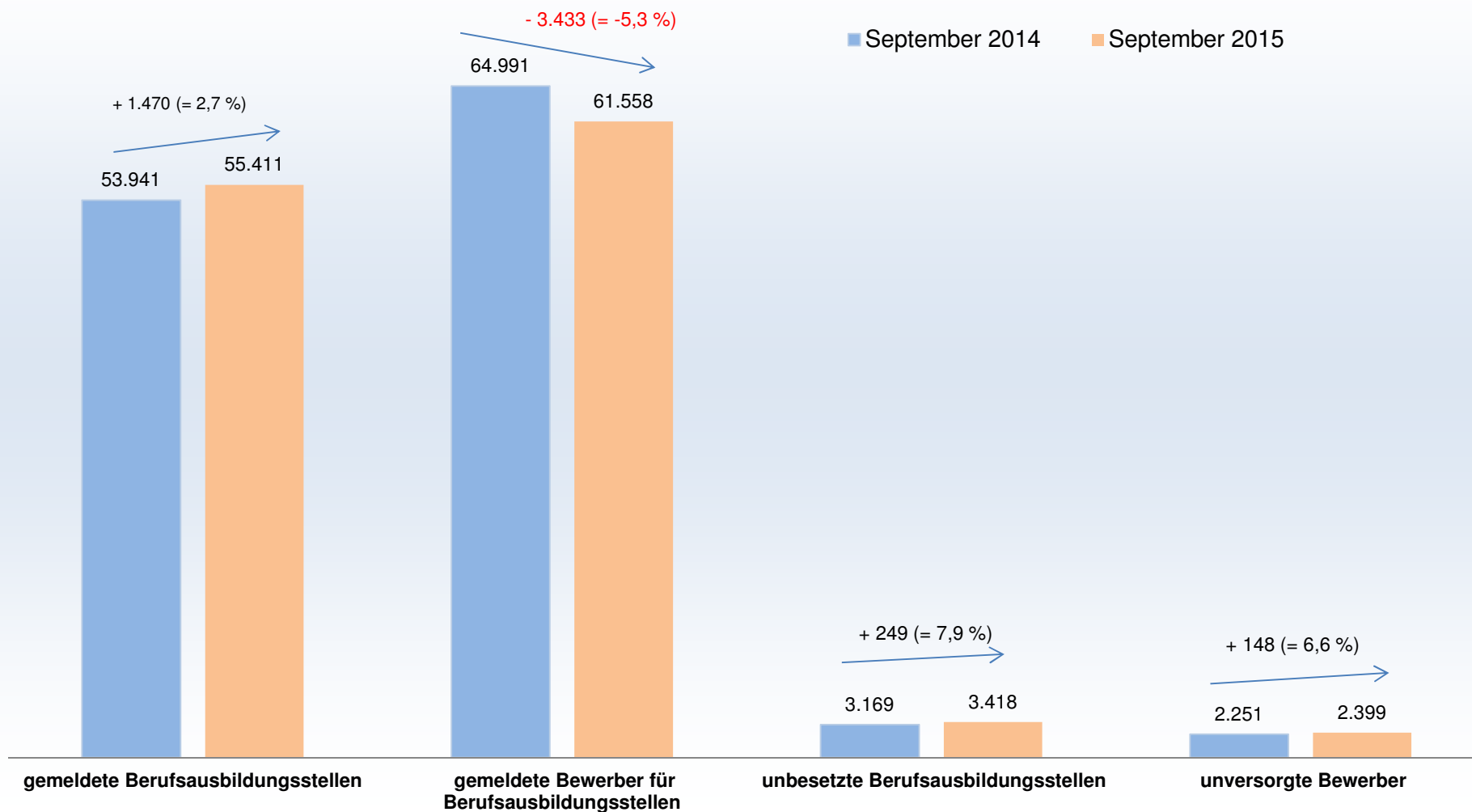


Situation Jugendlicher in Niedersachsen: Abgänger/-innen allgemeinbildender Schulen



Situation Jugendlicher in Niedersachsen: gemeldete Berufsausbildungsstellen und Bewerber

Vergleich gemeldete Berufsausbildungsstellen und gemeldete Bewerber in Niedersachsen sowie davon unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unversorgte Bewerber (jeweils 01.10. – 30.09.)



Ausgangslage und Entwicklung politische Entwicklung

2010

politisch initiiertes **Projekt „Arbeitsbündnisse Jugend und Beruf“:**

Freiwillige Standorte arbeiteten zur Verzahnung von SGBII,III und VIII an ihren regionalen Handlungsschwerpunkten in den Feldern

1. Transparenz
2. Informationsaustausch
3. Harmonisierte Abläufe und Maßnahmen
4. „Unter einem Dach“ (One-Stop-Government)

2013

Der Koalitionsvertrag fixiert das Ziel, Jugendberufsagenturen flächendeckend einzurichten.

2014

Klarstellung des BMAS, dass die Bundesregierung nicht plant, den Akteuren vor Ort ein konkretes Modell für eine JBA vorzugeben.

2015

Allianz für Aus- und Weiterbildung:

Viele Partner am Übergang Schule / Beruf verfolgen gemeinsam das Ziel, die berufliche Bildung – vor allem in Form der betrieblichen Ausbildung - zu stärken.

AUSGANGSLAGE

- ① Drei Sozialleistungsträger sind für die Betreuung Jugendlicher an den Schnittstellen SGB II, SGB III und SGB VIII zuständig:
Jobcenter, Agentur für Arbeit und Jugendamt
- ② Herausforderungen:
 - unterschiedliche Gesetzeslogiken
 - Doppelbetreuung oder Betreuungslücken
 - wenig Kenntnis bzw. Abstimmung wechselseitiger Prozesse und Maßnahmen
- ③ Der Bundesrechnungshof kritisiert die fehlende Abstimmung zwischen den beteiligten Institutionen und Ungleichbehandlung der Jugendlichen

ZIELE

- Optimierung der Netzwerkstrukturen zum Wohl der Jugendlichen
- Beitrag zur Schaffung von Transparenz am Übergang Schule – Beruf und mittelbar zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit durch
 - ✓ koordiniertes Vorgehen
 - ✓ ganzheitliche und vernetzte Betreuung
 - ✓ ggf. räumliche Zusammenlegung der Kerninstitutionen
- **ABER: kein vorgegebenes Konzept, lokale Lösungen sind gewollt**

Ausgangslage und Entwicklung

Allgemeine gesetzliche Aufgaben

Arbeitsagentur:

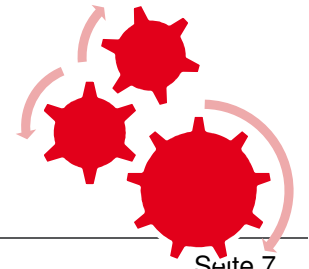
- Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
- Berufsorientierung durchführen

Jobcenter:

- Leistungsberechtigten ein Leben ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht
- Leistungsberechtigte und ihre Familien stärken, damit sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung bestreiten können

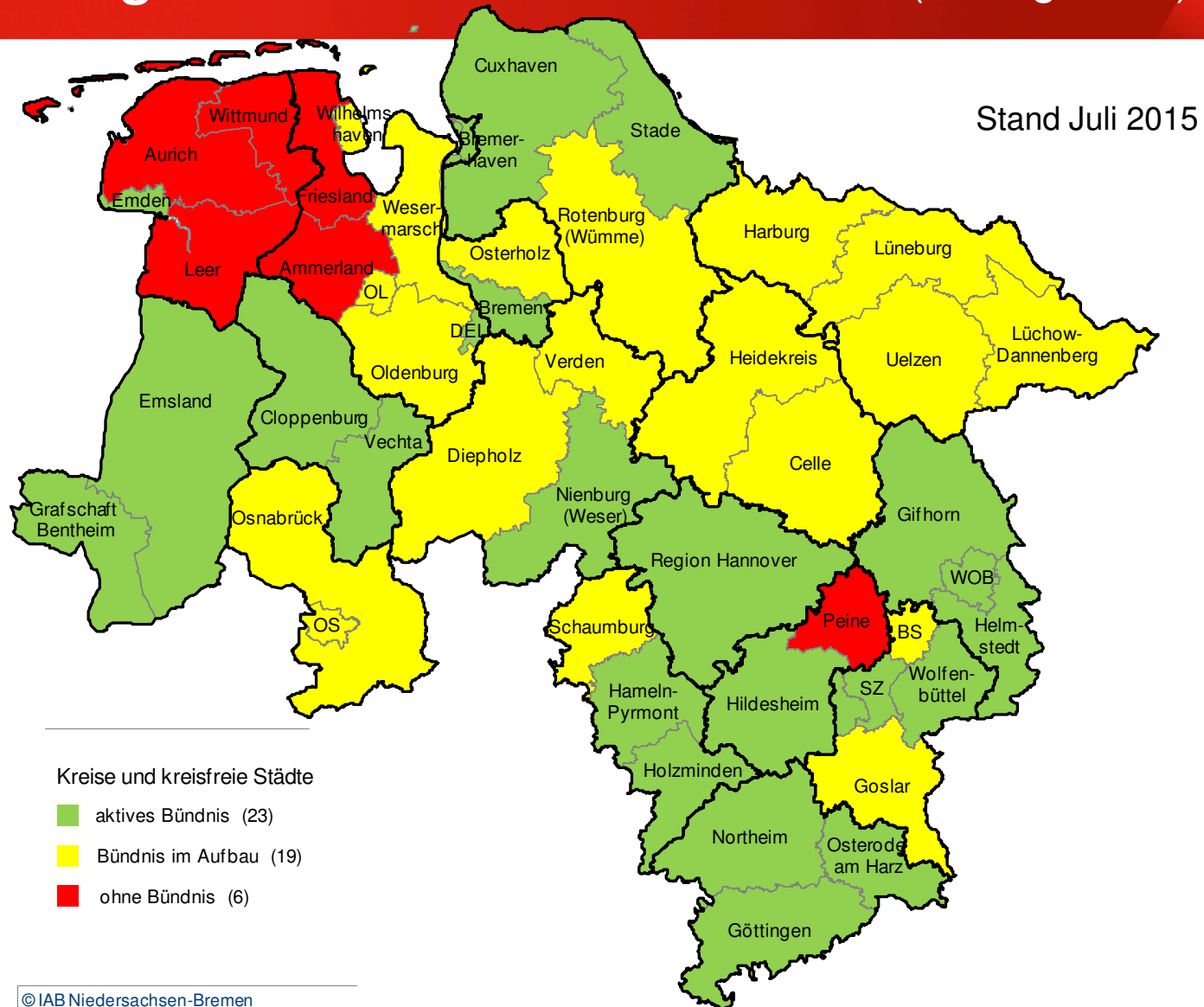
Jugendhilfe:

- Junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern
- Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen



Umsetzungsstand in Niedersachsen und Bremen

Entwicklung der Arbeitsbündnisse / JBA (im allg. Sinn)



Umsetzungsstand in Niedersachsen und Bremen

One-Stop-Government-Standorte

in „Betrieb“:

- **Salzgitter** (ab 1.04.15)
- **Bremen und Bremerhaven** (ab 01.05.15)
- **Garbsen** (ab 09.07.15)

in konkreter Planung:

Hannover, Wolfsburg, Osnabrück, Cuxhaven, Lüchow, Göttingen

Erfolgsfaktoren aus Sicht der RD NSB

Aspekte einer Jugendberufsagentur aus Sicht der Regionaldirektion:

- systematische, verbindliche und kontinuierliche Vernetzung von JC, AA, Jugendhilfe und Schulbehörde
- Einbindung der weiteren Ausbildungsmarktpartner
- verbindliche Berufsorientierung in allen Schulformen ab Kl.8 durch Beratungsfachkräfte der AA
- aktive Klärung des Übergangs vor Abschluss der allgemeinbildenden Schule („Keiner darf verloren gehen“)
- Stärkung der dualen Berufsausbildung
- verbindliche Übergangsbegleitung mit koordinierten Angeboten
 - Abstimmung der erforderlichen Unterstützungsbedarfe
 - Schullaufbahnberatung vor weiterem Schulbesuch
 - stärkere Ausrichtung der dualen Berufsvorbereitung
- Ziel ist die flächendeckende Umsetzung der o.g. Vernetzung,
- dabei ist die Realisierung des „one-stop-government“-Ansatzes eine Umsetzungsmöglichkeit

Begleitung durch das Bündnis Duale Berufsausbildung

Fachkräfteinitiative Niedersachsen

Bündnis Duale Berufsausbildung

5 Arbeitsgruppen

u.a.: Entwicklung eines Konzeptes für eine koordinierte Beratungsstruktur

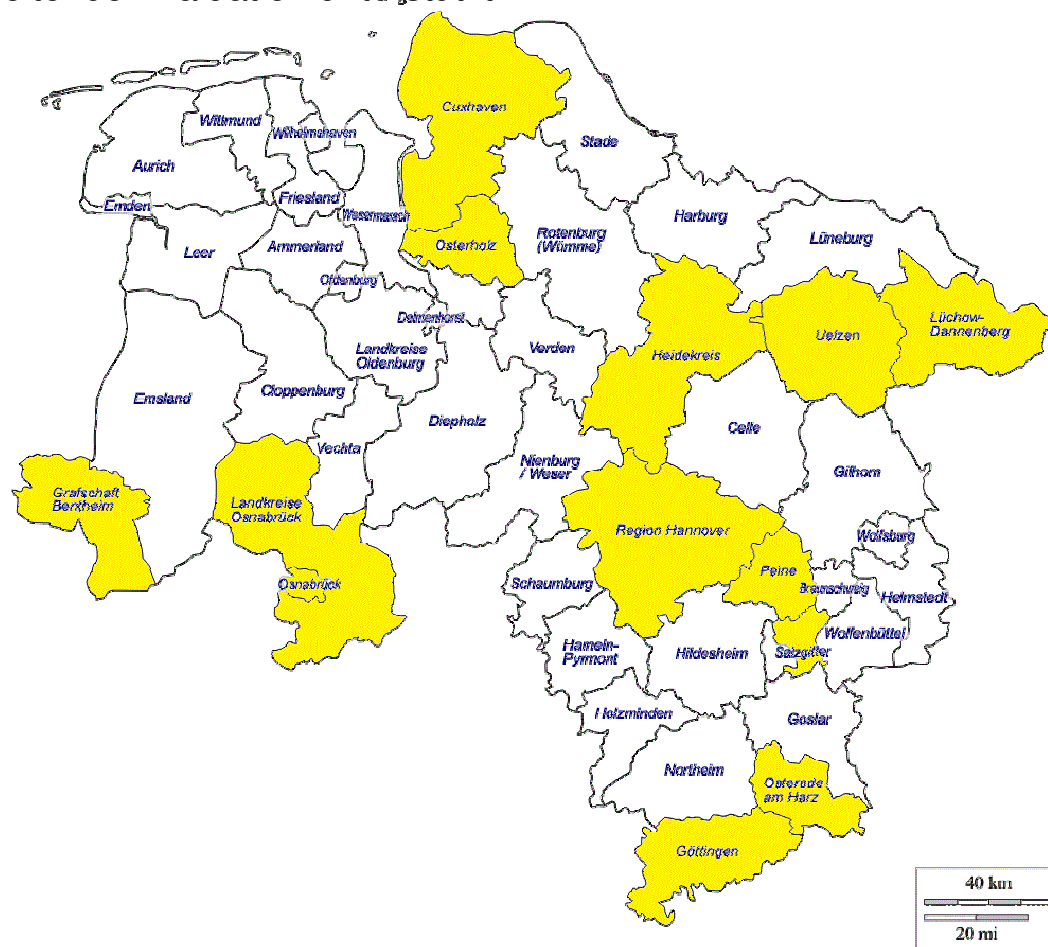
Handlungsempfehlungen an die Landesregierung

Begleitprojekt Jugendberufsagenturen
(Konzept für eine koordinierte Beratungsstruktur)

Begleitung durch das Bündnis Duale Berufsausbildung

In einem „**Begleitprojekt Jugendberufsagentur**“ unter Federführung des Kultusministeriums werden ab Anfang November 12 Modellregionen, die ihr Interesse bekundet hatten, über einen regelmäßigen Austausch und eine begleitende Evaluation unterstützt:

Landkreis Cuxhaven
LK+ Stadt Göttingen & LK Osterode
Landkreis Grafschaft Bentheim
Region Hannover
Landkreis Heidekreis
Landkreis Lüchow-Dannenberg
Stadt Osnabrück
Landkreis Osnabrück
Landkreis Osterholz
Landkreis Peine
Stadt Salzgitter
Landkreis Uelzen



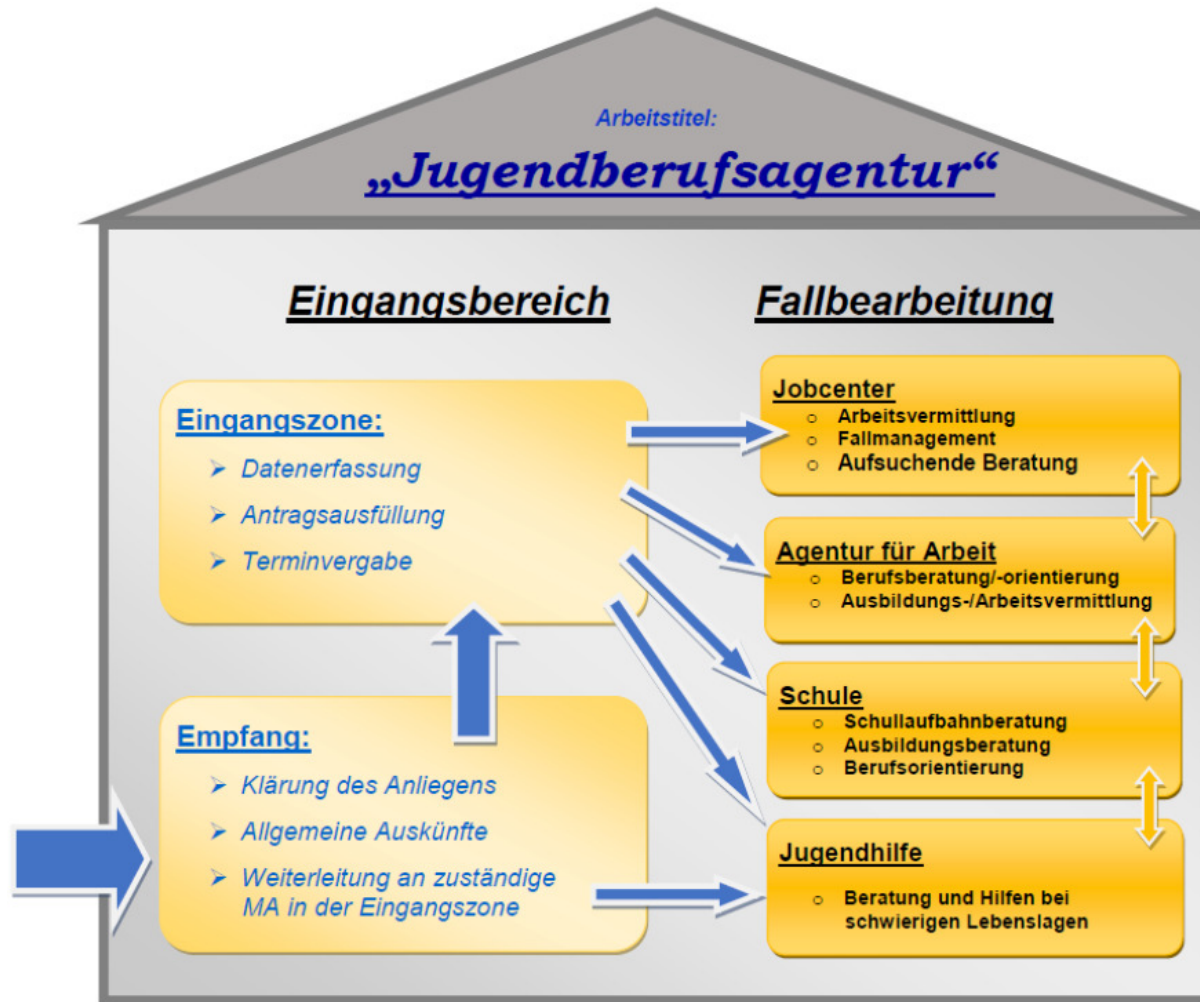
Begleitung durch das Bündnis Duale Berufsausbildung

beispielhafte konkrete Arbeitsziele

des Begleitprojektes mit den 12 Modellstandorten:

- Steigerung der Übergangsquoten in Ausbildung nach der allgemeinbildenden Schule
- Einbindung von Schulen und bestehenden Programmen / Projekten
- Abstimmung BO-Konzept
- Datenschutzregelungen:
 - Datenschutzerklärungen
 - Datenaustausch mit Schulträgern spätestens 1/2-Jahr vor Beendigung der allgemein bildenden Schule
 - ggf. notwendige Änderungen im Landesschulgesetz
- Verkürzung des Übergangssystems, bzw. Zugang ins Übergangssystem über JBA (vorherige Beratung)
- Internetangebot
- Schulungskonzepte für MitarbeiterInnen von JBA
- ➔ **Kooperationsvereinbarung auf Landesebene**

Möglicher Aufbau einer JBA „unter einem Dach“



- andere regionale Ausgestaltungen sind möglich
- benannte Partner sollten beteiligt sein
- weitere Kooperationen mit Wirtschaftspartnern, Projekten etc. sind gewünscht und müssen vor Ort gestaltet werden
- alternative Ansätze für Flächenbezirke (z.B. virtuelle JBA)